

SÄCHSISCHER LANDTAG

1. Wahlperiode — 11. Sitzung

Donnerstag, den 20. 2. 1947

Beginn der Sitzung: 14⁰⁰ Uhr.

Bekanntmachungen:

Entschuldigungen von Abgeordneten, die infolge Krankheit oder dienstlicher Verhinderung fehlen.

Einziger Punkt:

Entgegennahme einer Regierungserklärung für die Frühjahrsbestellung und andere Maßnahmen zur Verminderung der Ernährungsschwierigkeiten.

In Verbindung damit:

Stellungnahme zum Brief des Marschalls Sokolowskij an den Herrn Ministerpräsidenten. (Drucksache Nr. 117).

Wortmeldungen:

1. Ministerpräsident
Dr. h. c. Rud. Friedrichs Seite 191
2. Alfred Hantsche (VdgB) Seite 195
3. Otto Buchwitz (SED) Seite 196
4. Prof. Dr. Hermann Kastner (LDP) Seite 198
5. Prof. D. Hugo Hickmann (CDU) Seite 199

Beschluß:

Die Entschließung der drei Blockparteien wird gemäß Drucksache Nr 117 einstimmig angenommen.

Ende der Sitzung: 16¹⁰ Uhr.

Präsident Buchwitz:

Ich eröffne unsere heutige außerordentliche Sitzung. Ich heiße besonders willkommen die Herren Offiziere unserer Besatzungsmacht. Ich heiße auch Sie willkommen, meine Herren und Damen Abgeordneten.

Unsere heutige Sitzung ist eine außerordentliche. Das Präsidium hat sich genötigt gefühlt, die Sitzung aus folgendem Grunde einzuberufen. Es ist Ihnen allen aus der Presse der Brief des Herrn Marschalls Sokolowskij bekannt, wodurch uns neue Möglichkeiten gegeben werden, die Frühjahrsbestellung zur Überwindung unserer Ernährungsschwierigkeiten besser als im Vorjahre durchführen zu können. Wir haben es als notwendig erachtet, zu dieser Frage in einer außerordentlichen Sitzung Stellung zu nehmen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir einige geschäftsmäßige Mitteilungen.

Es sind entschuldigt wegen Krankheit oder an der Anwesenheit verhindert infolge der Verkehrsschwierigkeiten die Abgeordneten Koenen, Winkler, Frau Wilhelm, Liebler, Mundt, Hugo Weber, Thater, Müller-Bernhardt, Dieckmann, Feist, Grotewohl, Hanisch, Johanna Faust, Paul Gruner, Frau Groh-Kummerlöh, Eckert, Fritz Buchwald. Die letzteren sind zu einer Tagung des FDGB nach Berlin gereist.

Zu der Tagesordnung selbst hat nunmehr der Herr Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident Dr. h. c. Friedrichs:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Landtag hatte in seiner Sitzung vom 16. Januar d. J. Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu der Erklärung des Marschalls der Sowjetunion Sokolowskij gegenüber den Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei über die Besserung der Wirtschaftslage in der sowjetischen Besatzungszone. Diese Erklärung bedeutete ein hochherziges Entgegenkommen der Sowjetischen Militär-Administration auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft und eine Verbesserung der Lebenshaltung unseres Volkes.

Die Einstellung der Demontagen, die Herabsetzungen der Warenlieferungen auf Reparationskonto und die bessere Belieferung unseres Volkes mit Bedarfsgütern, aber ganz besonders die Erhöhung des Produktionsniveaus unserer gewerblichen Wirtschaft um das zwei- bis dreifache der ursprünglich vom Kontrollrat festgesetzten Zahlen — all das befreite uns von der drückendsten Sorge, von der Sorge der Unsicherheit unserer Wirtschaft, und wir können nunmehr mit größter Zuversicht in die Zukunft blicken. Denn das, was uns allen am meisten am Herzen liegt und uns am meisten bedrückt, war und ist die Frage: Wie können wir der Bevölkerung in unserem Lande, das heute das dichtestbesiedelte Gebiet Europas ist, mit den uns zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Möglichkeiten Arbeit und Verdienst geben?

Am 30. Januar d. J. hat Marschall Sokolowskij ein Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder und Provinzen der Zone gerichtet, das für die weitere Entwicklung von weittragender Bedeutung ist. Betraf die von mir eingangs erwähnte Erklärung des Marschalls in der Hauptsache die gewerbliche Wirtschaft, so bezieht sich der Inhalt des Schreibens vom 30. Januar auf die Entwicklung der Landwirtschaft, auf die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und auf die Sicherstellung unserer Ernährung.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich den Wortlaut dieses Schreibens mit Rücksicht auf seine ganz außerordentliche Bedeutung vorlese:

„In dem abgelaufenen Jahr 1946 wurde in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eine Reihe bedeutender Erfolge bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Landwirtschaft erzielt. Die Aussaatflächen wurden um mehr als 450 000 Hektar vergrößert. Es stieg der Bestand an Arbeits- und Nutzvieh jeder Art. Der festgesetzte Plan für die Getreideablieferung wurde erfüllt.“

Es wurde die demokratische Bodenreform durchgeführt, die den Bauern und Umsiedlern über zwei Millionen Hektar Boden übereignet. Etwa 475 000 besitzlose und landarme Bauern und Umsiedler erhielten die Möglichkeit, auf eigenem Boden zu arbeiten und sich eine unabhängige Existenz zu sichern. Damit wurde die jahrhundertalte Ungerechtigkeit beseitigt, daß der größte Teil des besten Bodens nicht denen gehörte, die ihn bearbeiteten, sondern den Junkern, die von jeher eine Stütze der Reaktion und des Militarismus darstellten.